

Kein Frieden für die Ukraine

Autor(en): **Miller, Tetyana**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **181 (2015)**

Heft 4

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-513476>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Kein Frieden für die Ukraine

Mehr als ein Jahr ist seit den Todesschüssen auf dem Kiewer Maidan und der rechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland vergangen. Die Kämpfe um Teile der Donezker und Luhansker Regionen dauern seit April 2014. Die aktuelle Situation in der Ostukraine bleibt im Zentrum des europäischen internationalen Diskurses und wirft eine ganze Reihe von kriegsvölkerrechtlichen, politischen sowie humanitären Fragen auf.

Tetyana Miller

Schon einige Tage nach der Unterzeichnung des Minsker Protokolls (Minsk II) wurde klar, dass die am 12. Februar vereinbarte Waffenruhe Schiffbruch erleidet. Nach dem gescheiterten Genfer Protokoll vom 17. April 2014 und dem Minsker Abkommen vom 5. September 2014 blieb wenig Hoffnung, dass die Separatistentruppen sich an den dritten Waffenstillstand halten würden. Die pro-russischen

russischen Kriegsgefangenen und Verletzten, beschossen wurden.

Russland ist öffentlich nicht Partei

Die Erfüllung des Minsker Abkommens wird auch dadurch erschwert, dass Putin in den Verhandlungen an der Seite der Separatisten auftritt, ohne öffentlich zuzugeben, dass Russland eine Partei im bewaffneten ostukrainischen Konflikt ist. Die Separatistenführer, die meistens russische Staatsbürger und «ehemalige» Berufsoffiziere sind, fühlen sich durch das Minsker Protokoll nicht verpflichtet und bereiten mit der Unterstützung Russlands weitere Offensiven vor. Ihre Rhetorik geht nicht mehr von angeblichen «Volkswillen der Noworossia Einwohner» aus; ein Angriff auf Mariupol, ein wichtiger Vorposten auf dem Weg zur annektierten Krim, wird als solcher angekündigt.

Der Status der besetzten Gebiete sowie der Rechtszustand der pro-russischen Kombattanten bleiben auch nach dem Minsker Abkommen nicht klar, da die Russische Föderation die Teilnahme ihrer regulären Einheiten sowie Waffenlieferungen bestreitet und auch viele europäische Politiker immer noch von «Rebellen» oder «Aufständischen» reden. Die ukrainische Regierung hat verschiedene Beweise über die Teilnahme der regulären russischen Armee gesammelt und den internationalen Organisationen sowie diplomatischen Behörden vorgelegt. Bereits im Sommer 2014 wurden russische Militärs in der Ukraine gefangen genommen. Die Gegenseite behauptete aber, dass sich diese Soldaten, die dann später gegen ukrainische Kriegsgefangene ausgetauscht wurden, verlaufen hätten.

Kriegsgefangene werden von beiden Seiten nach dem Prinzip «alle für alle» ausgetauscht, doch bleiben auch Verletzte über sechs Monate unter schlechten Ver-

hältnissen in Gefangenschaft. Ende Februar wurden 222 Separatisten gegen 150 ukrainische Soldaten getauscht. Öffentliche «Paraden» von ukrainischen Kriegsgefangenen werden in Donezk regelmässig durchgeführt, die letzte fand am 22. Januar statt. In Gefangenschaft werden ukrainische Soldaten und Offiziere oft hingerichtet oder schwer verstümmelt. Diese Handlungen stellen eine schwere Verletzung der Genfer Konventionen und damit ein Kriegsverbrechen dar, die Separatistenführer behaupten aber, an die Genfer Konventionen nicht gebunden zu sein. Ende Januar hat sich das pro-russische Kommando entschieden, keine ukrainischen Militärpersonen gefangen zu nehmen. Unbekannt bleibt das Schicksal von mehreren hunderten oder sogar tausenden Verschollenen beider Seiten; hunderte Leichen konnten nicht geborgen werden.

Gemäss UNO-Angaben sind im Ostukrainischen Konflikt mehr als 4500 Zivilisten ums Leben gekommen, etwa 14000 wurden verletzt; verlässliche Zahlen können nicht mehr ermittelt werden. Über fünf Millionen Personen sind vom Konflikt direkt betroffen, rund eine Million Menschen leiden unter Lebensmittelknappheit, über 1,5 Millionen gelten als Flüchtlinge. Die meisten zivilen Opfer wurden bei Artilleriebeschüssen oder Anschlägen in Wohnquartieren getötet. Die anhaltende Gewalt erschwert objektive Berichte aus den betroffenen Regionen: den OSZE-Beobachtern sowie den IKRK-Delegierten wird der Zugang zu den Separatistengebieten verweigert. Die Häufigkeit der Anschläge in Wohnquartieren und die Unmöglichkeit ihrer Ermittlungen sowie Desinformationen führen unter anderem dazu, dass die Reaktion der internationalen Gemeinschaft unangemessen schwach bleibt. Auch der Minsker Friedensvertrag hat nicht viel Raum für die dringend nötigen humanitären Missionen eröffnet.



Russische Militärfahrzeuge in der Ukraine: BM-21 Grad, BTR-80, BMD-2.

Bild: wartime.org.ua

Truppen griffen mit Mehrfachraketenwerfern BM-21 «Grad» die, wegen wichtigen Eisenbahnverbindungen, strategisch bedeutende Stadt Debaltzewe an. Die Gefechte gingen auch an anderen Stellen weiter, bis die Frontlinie zugunsten der Separatisten verschoben wurde. Beim Kampf um die Stadt, wie auch bereits an anderen Orten, wurde die Taktik der Umfassungsschlacht eingesetzt. Der ukrainische Generalstab gab Debaltzewe auf, um eine Einkesselung der eigenen Einheiten zu vermeiden. Im August 2014 kamen bei Ilowajsk im Gebiet Donezk hunderte ukrainische Soldaten ums Leben, die eingeschlossen wurden und im versprochenen «grünen Korridor», zusammen mit pro-

«Humanitäre Konvois»

Die Invasion der Ukraine wird teilweise in der Form sogenannter «humanitärer Konvois» ausgeübt. Trotz Protesten der ukrainischen Regierung, des IKRK und der Verurteilung durch die UNO wurden von August 2014 bis März 2015 mindestens siebzehn Lastwagenkolonnen mit undefinierten Gütern (nach unterschiedlichen Angaben Waffen, Treibstoff und Munition) auf ukrainischen Boden eingeführt. Der erste «humanitäre Konvoi» wurde von der EU als illegale Handlung und Verletzung der grundlegenden internationalen Prinzipien bezeichnet, doch gab es kein wirksames Mittel, die russische Regierung von derartigen Verstößen gegen das Völkerrecht abzuhalten.

Truppen und Material werden auch während der angeblichen Waffenruhe an die Separatisten geliefert. Nach Angaben des ukrainischen Generalstabs sowie westlicher Nachrichtendienste beträgt die Zahl russischer Militärpersonen in der Ostukraine 12 000 und bis 30 000 auf der Krim. Ende Februar fand in Kiew eine Ausstellung «Präsenz» statt, die Beweise der Präsenz der russischen Kräfte in der Ukraine zeigte. Die Exponate beinhalteten Ausweise von russischen Militärpersonen, neueste russische Feuerwaffen, Aufklärungsdrohnen, schultergestützte Raketenwerfer wie RPO-A «Schmel» und schwere Waffensysteme wie Mehrfach-



Am Blockposten der ukrainischen Armee in Mariupol.

Bild: www.evasiljeva.ru

raketenwerfer BM-21 «Grad» sowie das Kurzstrecken-Flugabwehrsystem ZRK «Strela-10» (SA-13 Gopher). Neben diesen Waffen verfügen die Separatisten auch über Kampfpanzer T-72 und T-80, Manpads wie SA-14 und SA-18 Grouse («Igla»), durch welche vermutlich im Juni 2014 eine Il-76 der ukrainischen Luftwaffe mit

49 Insassen abgeschossen wurde, mobile Fliegerabwehrlenk-waffensysteme SA-11/17 («Buk») sowie über Kommunikations- und Führungssysteme. Die Separatistenführer berichteten, dass ihre Armee auch über eine eigene Luftwaffe verfüge, was eine propagandistische Vorbereitung von Luftschlägen auf ukrainische Städte in der Nähe der Frontlinie darstellen könnte.

Fragliche westliche Waffenlieferungen

Wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland wurden verlängert, können aber nicht viel zur Deeskalation des Konfliktes beitragen. Fraglich ist, ob und wie Waffenlieferungen aus dem Westen an die Ukraine die Lage verbessern könnten. Einerseits wurde ein Entscheid über ein solches Hilfsprogramm durch die Minsker Abkommen gebremst und zurückgestellt, andererseits könnten Waffenlieferungen der Ukraine mehr Gewicht bei den zukünftigen Verhandlungen mit Russland und einen diplomatischen Weg zur Lösung des Konfliktes erleichtern. Es dürfte schwierig sicherzustellen sein, dass die westlichen Waffen nicht in die Hände der Separatisten gelangen. Im Februar berichteten die pro-russischen Kämpfer, dass sie von den ukrainischen Streitkräften amerikanische Aufklärungsradarsysteme AN/TPQ-48 LCMR beschlagnahmten konnten. Nach den Angaben des ukrainischen Generalstabs wurden die Geräte beim Rückzug zerstört.

Nach den vergeblichen Versuchen, einen Waffenstillstand zu erreichen, scheint der Hybrid-Krieg in der Ostukraine in eine neue Phase zu gehen. Komponenten und Mittel dieser Kriegsführung werden von Russland nicht nur auf dem ukrainischen Boden eingesetzt. Desinformationen, Cyber-Angriffe, wirtschaftlicher Druck und häufige überraschende Manöver, aber auch Flugzeuge mit ausgeschalteten Transpondern an den Grenzen zu den baltischen Staaten gefährden Frieden und Sicherheit auf dem Kontinent gleichermassen wie Anschläge auf Zivilisten und der Einsatz von Truppen ohne Hoheitsabzeichen in der Ostukraine. Anti-

ukrainische und anti-westliche Propaganda dient weiterhin als Hauptwaffe im ostukrainischen Konflikt. Mit grossem Engagement und vielen «realistischen» Details wird in vielen Sprachen über «die Verbrechen der NATO, der Kiewer Junta» und der faschistischen Vergeltungskom-



Rückzug aus Debalzewe. Bild: strana.in.ua

mandos» berichtet. Kundgebungen gegen «die NATO-Söldner in der Ukraine» und gegen «die NATO-hörigen Menschenrechtsorganisationen wie HRW und OSZE» werden auch in der Schweiz organisiert.

Fazit

Die beiden Minsker Abkommen konnten bis jetzt nur eine wache Fiktion des Friedens schaffen. Die Frontlinie bleibt instabil und schwere Gefechte vor allem entlang der Küste des Asowschen Meeres Richtung Krim drohen nach wie vor. Auch die Umsetzung des Friedensvertrages und Einhaltung des Waffenstillstandes würde in der langfristigen Perspektive die Separatistengebiete in eine graue Zone mit ungewissem Status und weiteren Kriegsgefahren für die Einwohner verwandeln, was keine Hoffnung für eine endgültige Lösung des Konfliktes bedeuten würde. Die militärisch-geopolitische Auseinandersetzung zwischen der Ukraine und Russland kann nur mithilfe der internationalen Gemeinschaft gelöst werden und wird langfristig eine bedeutende Rolle in der Weltpolitik und der Machtbalance spielen. ■



Tetyana Miller
Dr. phil.
Übersetzerin
Litteratim
3063 Ittigen